

Colla, Herbert E.

"In Rußland war ich der 'Faschist', in Deutschland bin ich der 'Russe', eigentlich sollte ich hier nur 'Deutscher' sein.". Zuwanderung junger Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion - eine Problemskizze

Fatke, Reinhard [Hrsg.]; Hornstein, Walter [Hrsg.]; Lüders, Christian [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: *Erziehung und sozialer Wandel. Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis.* Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 83-95. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 39)



Quellenangabe/ Reference:

Colla, Herbert E.: "In Rußland war ich der 'Faschist', in Deutschland bin ich der 'Russe', eigentlich sollte ich hier nur 'Deutscher' sein.". Zuwanderung junger Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion - eine Problemskizze - In: Fatke, Reinhard [Hrsg.]; Hornstein, Walter [Hrsg.]; Lüders, Christian [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: *Erziehung und sozialer Wandel. Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis.* Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 83-95 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-93818 - DOI: 10.25656/01:9381

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-93818>

<https://doi.org/10.25656/01:9381>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

39. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

39. Beiheft

Erziehung und sozialer Wandel

Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung,
Theoriebildung und Praxis

Herausgegeben von Reinhard Fatke, Walter Hornstein,
Christian Lüders und Michael Winkler

Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 80336 München, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1999 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Herstellung: Klaus Kaltenberg
Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach
Druck: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41140

Inhaltsverzeichnis

WALTER HORNSTEIN

| | |
|--|---|
| Erziehung und sozialer Wandel – Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis. Eine Einführung in die Thematik des Beihefts | 7 |
|--|---|

Sozialpädagogisch relevante Problem- und Lebenslagen

KARL NEUMANN

| | |
|--|----|
| Aufwachsen in Familien. Kindersituationen heute aus pädagogischer Perspektive | 17 |
|--|----|

JÜRGEN BARTHELMES

| | |
|---|----|
| Raver, Rapper, Punks, Skinheads und viele andere. Beobachtungen aus jugendkulturellen Szenen | 39 |
|---|----|

WALTER HORNSTEIN

| | |
|--|----|
| Generation und Generationenverhältnisse in der „radikalisierten Moderne“. Theoretische Perspektiven und Forschungsaufgaben in der Erziehungswissenschaft | 51 |
|--|----|

THOMAS GERICKE

| | |
|---|----|
| Von der Schule ins Aus. Die Krise des Ausbildungssystems und die Aufgaben der Jugendsozialarbeit | 69 |
|---|----|

HERBERT E. COLLA

| | |
|---|----|
| „In Rußland war ich der ‚Faschist‘, in Deutschland bin ich der ‚Russe‘, eigentlich sollte ich hier nur ‚Deutscher‘ sein.“ Zuwanderung junger Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion – eine Problemskizze | 83 |
|---|----|

Konzepte – Arbeitsformen – Praxisfelder

HEDI COLBERG-SCHRADER

| | |
|--|----|
| Kindertageseinrichtungen – selbstverständlicher Teil kindlichen Lebens | 99 |
|--|----|

MATHIAS SCHWABE

| | |
|--|-----|
| Sozialpädagogische Prozesse in Erziehungshilfen zwischen Planbarkeit und Technologiedefizit | 117 |
|--|-----|

MICHAEL WINKLER

| | |
|---|-----|
| Flexibilisierung und Integration von Erziehungshilfen. Oder auch: Überlegungen zur Selbstvergessenheit der Pädagogik | 131 |
|---|-----|

ELISABETH HELMING

| | |
|--|-----|
| Hilfen für Familien in Krisensituationen. Vom „Homebuilders Model“ über das „Families First Program“ zu Familienaktivierungs-Konzepten in der Bundesrepublik Deutschland | 153 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| FRANK BRAUN/TILLY LEX Zwischen Pädagogik und Betriebswirtschaft. Jugendhilfebetriebe als neues Modell der Jugendberufshilfe | 169 |
| MICHAEL GALUSKE/WERNER THOLE „Raus aus den Amtsstuben ...“. Niedrigschwellige, aufsuchende und akzeptierende sozialpädagogische Handlungsansätze – Methoden mit Zukunft? | 183 |
| CHRISTIAN LÜDERS Das Programm der rekonstruktiven Sozialpädagogik. Eine Kritik seiner Prämissen und Anmerkungen zu einigen Unterschieden zwischen sozialpädagogischem Handeln und Forschen | 203 |
| <i>Aktuelle Probleme der Organisation sozialpädagogischer Praxis</i> | |
| THOMAS RAUSCHENBACH Grenzen der Lebensweltorientierung – Sozialpädagogik auf dem Weg zu „systemischer Effizienz“? Überlegungen zu den Folgen der Ökonomisierung Sozialer Arbeit | 223 |
| GABY FLÖSSER/MATHIAS SCHMIDT Konzepte der Modernisierung sozialer Dienste | 245 |
| <i>Sozialpolitische Rahmenbedingungen</i> | |
| LOTHAR BÖHNISCH Sozialpolitik und Sozialpädagogik. Gemeinsame Traditionslinien und ihre aktuellen Bezüge | 261 |
| WERNER SCHEFOLD Sozialstaatliche Hilfen als „Verfahren“. Pädagogisierung der Sozial- politik – Politisierung Sozialer Arbeit? | 277 |
| CHRISTIAN V. WOLFFERSDORFF Zwischen Reform und Krise. Neue Verwirrungen über die Aufgaben von Jugendhilfe und Kriminalpolitik | 291 |
| <i>Europäische Perspektiven</i> | |
| WOLFGANG TREDE Konzepte der Heimerziehung im europäischen Vergleich | 317 |
| FRANZ HAMBURGER Politik und Pädagogik des Sozialen im Prozeß der europäischen Integration | 339 |

„In Rußland war ich der ‚Faschist‘,
in Deutschland bin ich der ‚Russe‘, eigentlich
sollte ich hier nur ‚Deutscher‘ sein.“

*Zuwanderung junger Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion –
eine Problemskizze*

Der Sozialpädagogik ist seit dem Ende der achtziger Jahre mit der Zuwanderung von Aussiedlern ein neues Arbeitsfeld zugewachsen, das in sich hoch differenziert ist und für das es engagierte Lösungsversuche, aber nur wenige abgesicherte Handlungsentwürfe gibt (KIEFL et al. 1997). Obwohl *prima facie* ein unübersehbarer Hilfebedarf besteht, sowohl aus der Sicht der Betroffenen als auch aus der Perspektive einer Gesellschaft, die die jugendlichen Aussiedler zunehmend als kriminalitätsbelastet wahrnimmt, muß sich die Sozialpädagogik erst der gegebenen Problemstruktur vergewissern. Dies fällt ihr nicht leicht, denn u. a. zeichnen sich deutliche Differenzen des subjektiven Hilfebedarfs ab: In der sozialen Arbeit mit Aussiedlern gibt es Gruppen, die, getragen von ihrem Selbstverständnis und Zusammenhalt, kaum nach flankierender Unterstützung zur Integration fragen; der größte Teil der Aussiedler aber erlebt einen Zusammenbruch von Familiengeschichte, die immer auch Rahmung von Norm- und Wertvorstellungen war und Handlungssicherheit gewährte. Neue soziale und kulturelle Ordnungsmuster müssen gesucht und geprüft werden. In dieser Problemstruktur hätte die Sozialpädagogik die historischen und milieubedingten Erfahrungen als einen wichtigen Teil der Lebensgeschichte zu würdigen, um, davon ausgehend, einen selbstverantworteten Entwurf für die Bewältigung des Alltags begleiten, beraten und unterstützen zu können. Die Konfrontation (bisherigen) sozialistisch-kollektiven Denkens und eine Orientierung am Gemeinwesen der Ethnie mit der eher leistungsorientierten, individualistisch ausgerichteten westlichen Erziehung innerhalb des Eingliederungsprozesses kann zu einer Belastung, aber auch zu einer persönlichen Herausforderung werden (HERWARTZ-EMDEN 1997); notwendig ist eine Auseinandersetzung zwischen den alten und neuen Anforderungen und Erfahrungen, in denen auch „neue“ erzieherische Praktiken und Haltungen ausprobiert werden können.

Vor diesem Hintergrund zielen die folgenden Überlegungen weniger auf die Darstellung eines Handlungsfeldes, sondern auf Skizzen eines Problems mit prekären Dimensionen: „Ich hab’ das Gefühl, daß jemand entscheidet, was wir brauchen.“ Diese Bemerkung einer Aussiedlerin illustriert, daß die Subjektorientierung der Sozialpädagogik noch nicht ausschließliche Praxis ist. Die Schwierigkeiten der Integration von Spätaussiedlern sind in der Komplexität des Alltags in der neuen Heimat der Aussiedler angelegt, die mitbestimmt wird durch Arbeitslosigkeit und Armut mit ihren psychosozialen Begleiterscheinungen und durch die zur Verfügung stehenden sozialstaatlichen Ressourcen.

1. „Paradise lost“

Die Angehörigen der deutschen Minderheit in der ehemaligen UdSSR wandern erst seit einigen Jahrzehnten nach Deutschland aus. Die Rückwanderung in das Herkunftsland ihrer Vorfahren hat entgegen der weit verbreiteten Auffassung und den politisch motivierten Aussagen noch keine lange Tradition. Historisch betrachtet, suchten die Vorfahren der jetzt aussiedlungswilligen Rußlanddeutschen bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts hinein mehrheitlich in Nord- und Südamerika ihren neuen Lebensmittelpunkt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, nach erfahrener Deportation, Repression, Stigmatisierung als „Faschisten“ und „Kollaborateure“ wurde für Familien mit russischem Paß und der darin vermerkten deutschen Nationalität das Projekt der endgültigen Aussiedlung in die Bundesrepublik ein Thema. Die sozialen Verwerfungen der Transformationsprozesse in Osteuropa stellen die gewohnte Lebensform ebenso wie die in den 70er Jahren wiedererworbene relative ökonomische Sicherheit der Rußlanddeutschen in Frage. Die Generation der Großeltern und Eltern reagiert darauf mit einem Wunsch der „Heimkehr in die Vergangenheit“, eben in die „Heimat“, gedacht auch als ein „paradise lost“, ohne daß ihr Spektrum von Erwartungen an die Realität in einem „Deutschland“ realistisch verankert war oder sein konnte. Sie waren mehr als vierzig Jahre vom direkten Informationsaustausch durch die Ost-West-Differenzen ausgeschlossen. Das komplexe Erscheinungsbild der Bundesrepublik Deutschland wurde folglich selektiv, mit diffusen Konturen, in die eigenen Vorstellungen integriert. Es basiert allenfalls auf Sekundärerfahrungen. Mit der Umsiedlung ergeben sich Bruchstellen in den Bereichen des Wissens, der Werte, aber auch in den Qualitäten von Interaktion und Kommunikation. Der Fluß gelebter Gewohnheiten wird unterbrochen. Die gesuchte „Heimat“ der Vorfahren ist dann auch nicht notwendigerweise das geographische Herkunftsgebiet der frühen Kolonisten; vielmehr wird sie von den Aussiedlern der späten achtziger und der neunziger Jahre dort gesucht, wo sich schon Verwandte und Freunde der Aussiedler der ersten Migrationswellen nach dem Zweiten Weltkrieg niedergelassen haben. „Heimat ist da, wo unsere Leut' leben.“

In der Zeit zwischen 1950 und 1990 sind 3,6 Millionen Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen. Bei Aussiedlerzuwanderungen handelt es sich stets um Zuwanderungen von Familien oder Großfamilien. Im Vorfeld gravierender politischer und sozialer Umwälzungsprozesse in den Staaten Süd- und Osteuropas und in der vormaligen Sowjetunion, die auch eine erhebliche Erleichterung der Emigration mit sich brachten, stieg die Aussiedlerzuwanderung am Ende der achtziger Jahre stark an und erreichte 1990 ihren Höhepunkt. Bis 1987 lag die Zahl der Aussiedler jährlich erheblich unter 70.000, sie stieg 1988 auf 202.654, 1989 auf 377.036 und 1990 auf 397.075 an.

Seit dem Beginn der neunziger Jahre sind die Zuwanderungen aus den bisher wichtigsten Herkunftsländern der Aussiedler, Polen (1990–1997: 203.143, davon in 1997: 687 Aussiedler) und Rumänien (1990–1997: 184.480, davon in 1997: 1.777 Personen), stark zurückgegangen, der Großteil der ausreisewilligen Aussiedler aus diesen Ländern ist bereits in die Bundesrepublik gekommen. Beginnend mit 1990 (147.455 Personen), übersteigt die Zahl der rußlanddeutschen Spätaussiedler alle Zahlen der Ausreisewilligen aus den osteuropäischen Ländern, seit 1993 kamen über 90% der Aussiedler aus den GUS-Staaten, in der Zeit von 1990–1997 insgesamt 1.227.078 Aussiedler, davon in 1997: 131.896. Verstärkend wirkt, daß das „Kriegsfolgenbereinigungsgesetz“ vorschreibt, daß mit Ausnahme der Deutschen aus der vormaligen Sowjetunion alle Ausreisewilligen aus den Staaten Osteuropas individuell glaubhaft machen müssen, daß sie aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit benachteiligt werden.

Von den heutigen Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR stammen etwa zwei Drittel aus Kasachstan und den mittelasiatischen Staaten (Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan), Staaten, in denen die Industrialisierung, Urbanisierung und Modernisierung (z.B. der Infrastruktur und der Kommunikation) weit weniger fortgeschritten sind als z.B. in Rußland oder der Ukraine (vgl. DIETZ 1997a, S. 13). In der GUS leben nach der Volkszählung von 1989 noch 2.038.603 deutsche Volkszugehörige, davon 41,4% auf dem Territorium Rußlands, vor allem im südwestlichen Sibirien, 1,8% in der Ukraine und 46,9% in Kasachstan, 4,9% in Kirgistan, 1,9% in Usbekistan, 1,6% in Tadschikistan und die weiteren Angehörigen in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Diese Zahlen berücksichtigen nicht die bi-ethnischen Familien.

Die Generation der Jüngeren wird vor dem Hintergrund eines relativ rigiden Lebenslaufregimes der deutsch-russischen Kolonistengemeinschaft, aber auch der sozialistischen Sozialisationsorganisationen der ehemaligen UdSSR mit ihren klaren Übernahmevorschriften und Handlungsanweisungen zur Auswanderung angehalten, sie sind im Familienverband die Mitgenommenen. Die Mehrzahl der jugendlichen Aussiedler – 38% der Aussiedler sind jünger als 20 Jahre – war an der Ausreiseentscheidung der Familie beteiligt, etwa ein Drittel hat die Ausreise mit Freude und großen Erwartungen begrüßt; die meisten aber berichten von gemischten Gefühlen, wenn sie sich an ihre Ausreise erinnern (DIETZ 1997a, S. 32f.). Sie erleben den Verlust bekannter Erfahrungsräume, Orientierungen und Handlungsweisen stärker als die übrigen Familienangehörigen. Für sie ist der Aufbruch in eine von den Eltern/Großeltern zugewiesene neue „Heimat“ eine spannende Reise in die Fremde, belastet mit einer zunächst eingeschränkten Befähigung einer verständigungsorientierten Kommunikation. Der erworbene kulturelle Lebensstil hinsichtlich von Verhaltenssicherheit, Regelkompetenz für Gestik und Gebräuche, die Normenkenntnis, vor allem die unzureichenden Sprachkenntnisse erschweren einen Einstieg in einen „gelingenderen Alltag“ der pluralen Gesellschaft. Andererseits erweist sich der in der Umbruchphase im Herkunftsland erworbene Umgang mit den Medien und dem traditionell gepflegten Sport als ein Lern- und Erfahrungshintergrund, der nach einer Phase der Eingewöhnung die Integrationskompetenz in die vorfindbare Jugendkultur stärken kann. Die jüngere Aussiedlergeneration kann folglich leichter ethnozentrische Begrenzungen des familialen Erfahrungszusammenhangs unterlaufen als die Generation ihrer Eltern und Großeltern. Für sie ist die Gegenwart dann keine verlängerte Vergangenheit. Sie fühlen sich als Jugendliche häufig entlastet vom Topos des Migrantendenkens, sich ständig ihr „Deutschsein“ beweisen zu müssen. Bei den Jugendlichen scheinen keine geschlossenen und dichotomen kulturellen Sphären ihrem Handeln zugrunde zu liegen. Abhängig von der Dauer und Qualität erfahrener Abweisungen durch die Mehrheitsgesellschaft und bedingt durch eine eingeschränkte Sozialisationskapazität in manchen Aussiedlerfamilien, können sie den Rückzug in die Authentizität ihrer bisherigen kulturellen Identität antreten (*rossijskie nemcy* = rußländische Deutsche) mit abgrenzenden verbalen und nonverbalen Kommunikationsmustern.

Praxisberichte belegen, daß es den Kindern am leichtesten fällt, sich in den Alltag der Bundesrepublik zu integrieren. Für die junge Generation stellt sich – trotz der Schwierigkeiten und Desorientierung und der erfahrenen sozio-kulturellen Distanz in der ersten Phase des Einwanderungsprozesses – ebenso wie für ihre Eltern nicht die Frage einer Remigration: Es gibt keine Rückkehrhilfe, vor allem aber läßt die traditionelle Einbindung in den Familienverband eine indi-

viduelle Rückkehrentscheidung nicht zu, die Eigenmittel zur Rückkehr und die ökonomische Aufnahmebereitschaft der Herkunftsregionen sind nicht vorhanden. Die Rückwandererquote lag bisher unter 1%. Das „Bekenntnis zum Deutschtum“ ist nach der Immigration ohne Alternative.

Der anhaltende Migrationsprozeß läßt die Frage aufkommen, ob es angesichts der Gesamtzuwanderung von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und Aussiedlern objektiv noch ausreichende Ressourcen für eine weitere Immigration gibt. Hinzu kommen die sich ausweitenden subjektiven Integrations-sperren bei den Bundesbürgern, z.T. auch bei den hier ansässigen Ausländern. Ist die Einreise in die Bundesrepublik eine gesellschaftlich und politisch bedingte Entscheidung, so ist die Bewältigung der kulturellen, sozialen und mentalen Probleme von den Aussiedlerfamilien und Individuen letztlich eine überwiegend privat zu lösende Aufgabe. Die (Sozial-)Pädagogik wird mit Rückgriff auf die zentralen sozialstaatlichen Grundsätze wie dem der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenwürde eine soziale Integration versuchen müssen, situationsangemessene Hilfen zur Bewältigung der Migrationsfolgen – unter Berücksichtigung der Mentalitätsgeschichte – zu entwerfen und zu praktizieren (vgl. hierzu MEISTER 1997; KOCH 1991).

2. Das Familienleben der Rußlanddeutschen und die Situation vor der Aussiedlung

Die Qualität des Familienlebens der Rußlanddeutschen kann aufgrund fehlender Forschungsarbeiten nur mit Hilfe der Ergebnisse von Befragungen der Aussiedler nach ihrer Aussiedlung rekonstruiert werden. Das Familienleben wird als Ressource, Schutzraum und Rückhalt für den einzelnen, als Gegenwelt zur totalitären Staatsmacht in einer Minoritätenlage durch die Erwachsenen beschrieben (HERWARTZ-EMDEN 1997; DIETZ 1997a; INGENHORST 1997; BOLL 1992; DEMBON et al. 1994). Verwiesen wird auf eine Einstellung zur Arbeit, zum häuslichen Leben, zu den familiären Beziehungen und auf einige weitere kulturelle Momente (Ordnung, Umgang mit Alkohol etc.), die sie von anderen Völkern der ehemaligen Sowjetunion unterscheiden. Das Erziehungsverhalten der Eltern, z.T. auch der Großeltern zeigt sowohl autoritär-bestimmende als auch zärtlich-fürsorgliche Elemente, ist oft eingebettet in die traditionelle Wertorientierung aus der Zeit vor der Deportation. Es dominiert eine starke Mutterzentriertheit im Familienhaushalt und in der familialen Sozialisation und Erziehung; nur eine Minderheit der Väter nimmt aktiv an den Familientätigkeiten teil, trotz notwendiger außerhäuslicher Erwerbstätigkeit der Mutter. Die ältere Generation versucht, den Kontakt zu Verwandten, Angehörigen ihrer Minoritätengruppe oder Religionsgemeinschaft – oft verbunden mit der Überwindung von erheblichen geographischen Distanzen, die durch die Auflösung früherer Siedlungseinheiten bedingt sind – „lebendig“ zu gestalten, auch um sich ihrer kulturellen Eigenart zu vergewissern und gleichzeitig eine soziale Distanz zu den nicht-rußlanddeutschen Nachbarn aufrecht zu erhalten. Dieses Ausgrenzungskonzept wird zunehmend von der Generation der nach 1960 Geborenen nicht mehr verfolgt, die Zunahme von bi-nationalen Ehen, vor allem in heterogen zusammengesetzten, verstreuten Mischsiedlungen belegt dies.

Um die beruflichen Chancen ihrer Kinder zu verbessern, verzichteten viele Eltern auf muttersprachliche Erziehung durch die Schulen. Die Kinder der Rußlanddeutschen haben jedoch Schwierigkeiten mit der ihnen unvertrauten Schrift. Deutschsprachige Kinder- und Jugendbücher sind in öffentlichen Bibliotheken und Bildungseinrichtungen kaum vorhanden. Der Grundstock für die russischsprachige Ausbildung wurde schon durch die Erziehung in Kindertagesstätten gelegt und durch die Schule und in den Jugendverbänden weiter ausgebaut. Die deutsche Sprache als Symbol der Gruppenidentität verliert an Bedeutung, wird vermehrt nur noch in der Familie oder im Kreis von Freunden gepflegt. EISFELD (1987, S. 174) verweist darauf, daß die „ethnische Identität“ und der Sprachbesitz nicht zusammenfallen müssen und es immer weniger tun: Bei jedem Zensus in der ehemaligen Sowjetunion gab es erheblich mehr „Deutsche“ als „Deutschsprecher“. Die ältere Generation der Rußlanddeutschen spricht noch (alte) deutsche Dialekte, ggf. auch Hochdeutsch, Russisch ist aber das Kommunikationsmittel in öffentlichen Verwendungsbereichen. Der Faschismusvorwurf der Titularnationen gegenüber den Rußlanddeutschen bewirkte eine ausgeprägte Diglossie. Die mittlere und vor allem jüngere Generation der ‚Rossijskie nemcy‘ spricht, mit rational gut nachvollziehbaren Argumenten, überwiegend nur noch Russisch. Die meisten jungen Menschen haben einen gemischten nationalen oder russischen Freundeskreis. Befragt nach ihrer „ethnischen Identität“, begründen sie diese mit dem Wissen um ihre Abstammung, aber zunehmend weniger durch die Sprache oder Religionszugehörigkeit, kaum aus ihrer alltäglichen Handlungspraxis heraus (DIETZ et al. 1996). Die jungen Menschen suchen Freiräume des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, um sich selbst zu inszenieren, sie suchen je nach Zeit und Raum nach Handlungsvariationen, die sich in ihrem Alltag bewähren und als biographisch sinnstiftend erlebt werden. Der Verselbständigungsprozeß und die Suche nach neuer Handlungsautonomie ist aber noch nicht abgeschlossen, fast alle Rußlanddeutschen teilen auch Merkmale mit der Mehrheit der Titularnation. Dazu gehören u.a. die hohe Autoritätsgläubigkeit, Inselständigkeit und Verunsicherung im Umgang mit der Administration als Ergebnis sozialistischer Persönlichkeitserziehung.

In den GUS-Staaten ist seit 1989 ein starkes Ansteigen der Armut und somit auch der sozialen Ausgrenzung zu registrieren. Die Armutsquote lag 1994 bei 23,2%. In Rußland werden 72% der Familien mit drei oder mehreren Kindern von der Unicef als „arm“ eingestuft. Im Kontext von Armut steht auch der Rückgang der Versorgungsrate für die Erziehung. In ihrem Bericht „Central and Eastern Europe in Transition“ sieht die Unicef 1994 die Gefahr des Verhungerns großer Bevölkerungskreise, gesundheitliche Schäden nehmen zu, die Kriminalitätsraten steigen besonders bei den Jugendlichen. Kleinkriminalität wird häufig zur Notwendigkeit gedeutet, den gesellschaftlichen Widrigkeiten zu begegnen, Eigentumsdelikte werden als Möglichkeit gesehen, die eigene soziale Lage zu verbessern und an dem z.T. ostentativ zur Schau getragenen „neuen Reichtum“ teilzuhaben. Zudem hat sich eine gewaltbereite Drogenszene etabliert. Die Zahl der Verurteilungen Jugendlicher stieg in der Zeit von 1990–1993 um 78,5% an. Von einem bisher ungekannten Klima gesteigerter Gewaltbereitschaft im Alltag sind vor allem Kinder und Frauen betroffen, gewaltsame sexuelle Übergriffe und Prostitution gehören zu den krassesten Erscheinungen in den Transformationsländern.

Die Erwartungen und Hoffnungen einer neuen sozialen Ordnung im Kontext der Einführung der sozialen Marktwirtschaft haben sich bisher nicht erfüllt. Die Emigration in die Bundesrepublik wird von der ethnischen Minderheit folglich als Möglichkeit gedeutet, einer ausweglosen Situation und einer feindlichen Geschichte zu entkommen (GRAUDENZ/RÖMHILD 1996, S. 31ff.).

3. Die soziale Situation der Spätaussiedler in der Bundesrepublik

Am Rande der noch immer wohlhabenden Bundesrepublik, die sich als Sozialstaat begreift, lebt eine permanent steigende Anzahl junger Menschen, deren Lebenslage durch Armut von zunehmender zeitlicher Dauer gekennzeichnet ist (HAUSER/HÜBINGER 1993; ANSEN 1998; SÜNKER 1991; OTTO 1997). Die Anteile der Sozialhilfeempfänger bei den Kindern und Jugendlichen, gemessen als Anteil an den jeweiligen Altersgruppen, sind weit über den Durchschnitt hinaus angestiegen. Etwa eine Million junger Menschen leben in Armutsverhältnissen. Zu dem Kreis der Betroffenen gehören ein großer Anteil von Arbeitsmigranten, Bürgerkriegsflüchtlingen/Asylbewerbern ebenso wie von unbegleiteten Flüchtlingskindern und illegalen Flüchtlingen sowie Angehörige aus der Gruppe der Spätaussiedler. Für die Aussiedler selbst hat sich die Situation nach 1990 mit dem Eingliederungsanpassungsgesetz finanziell verschlechtert. Wenn Aussiedler arbeitslos waren, erhielten sie bis Ende 1992 aus Bundesmitteln Eingliederungsgeld für 20 Monate und hatten anschließend nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Von Januar 1993 an wurde nur noch eine (gegenüber dem Eingliederungsgeld erheblich gekürzte) Eingliederungshilfe geleistet, dies nur für neun Monate.

Seit dem 1.1.1994 ist die Eingliederungshilfe auf längstens sechs Monate begrenzt. Anschließend haben die Aussiedler, anders als noch 1992, keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Sie sind dann im Bedarfsfall auf Sozialhilfe angewiesen. Damit steigt aber gleichzeitig die Belastung der Sozialhilfekassen der Städte, Landkreise und Gemeinden. Eine weitere Konsequenz der neuen Regelung ist, daß die nach dem AFG vorgesehenen sonstigen Leistungen und Möglichkeiten, Arbeitslose bei der Suche nach Arbeit zu unterstützen (Jobclubs, ABM-Sonderprogramme), für Aussiedler nicht mehr zum Tragen kommen. Nach sechs Monaten werden arbeitslose Aussiedler faktisch wie Asylbewerber oder Flüchtlinge behandelt. Besondere Regelungen und Vergünstigungen für Aussiedler, z.B. bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, beim Kranken- und Mutterschaftsgeld, bei der Berechtigung einer Sozialwohnung und dem Wohngeld, im Einkommenssteuerrecht, im Kriegsentschädigungsrecht und im Frührentenrecht, wurden ersatzlos gestrichen oder restriktiv modifiziert (ausführlich HABERLAND 1994; s. auch: HEROLD 1997, S. 49f.). Konnten die Aussiedler bis Ende 1992 durch staatliche Fördermaßnahmen relativ kurzfristig nach ihrer Einreise ein Haus bauen oder andere größere Investitionen tätigen, zinsgünstige Einrichtungsdarlehen der Ausgleichsbank in Anspruch nehmen, werden ihnen diese Förderungsmaßnahmen seit Januar 1993 nicht mehr angeboten (IES 1995, S. 22f.). Auch konnte früher in relativ großem Umfang Eigentum mitgebracht werden, da der Transport von Hausrat, Möbeln, Bekleidung etc. auf Kosten des Bundes möglich war.

Zu den gravierenden Einschnitten bei der materiellen Grundsicherung kommen weitere Kürzungen hinzu: beim Garantiefonds mit seiner Zweckbindung, jungen Aussiedlern die Eingliederung in Schule und Hochschule zu erleichtern, bei der sozialen Beratung und Betreuung durch Verbände (HOLZMÜLLER 1997), Wohlfahrtsverbände und Kirchen, bei den Rückführungskosten und den Entschädigungen nach dem Häftlingshilfe- und Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz. Die Beschränkung der Sprachkurse von ursprünglich einem Jahr auf sechs Monate ist eine gravierende Eingliederungsverschlechterung: sprachgebundene Kompetenzen sind davon ebenso betroffen wie das Informations- und Kommunikationsbedürfnis. Junge Aussiedler werden in einer raschen schulischen oder ausbildungsbezogenen Eingliederung behindert. Nach Auswertung der Schülerzahlen durch das nordrhein-westfälische Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik besuchen 27,4% der jungen Aussiedler die Hauptschule (gegenüber 13% der Gesamtschülerpopulation); beim Gymnasium ergibt sich ein umgekehrtes Bild: 6,7% der jungen Aussiedler gegenüber einer durchschnittlichen Quote von 23% bei allen Schülern (DIETZ 1997b, S. 5). Die Migrationsforschung belegt, daß in größeren Gruppen neu Zuwandernde eine bestehende Gesellschaft „unterschichten“, das heißt, daß die Zuwanderer vornehmlich in die unteren Positionen der Beschäftigungsstruktur eintreten (LÜTTINGER/ROSSMANN 1989) und in Konkurrenz zu Ausländern, sozial benachteiligten einheimischen Randgruppen und Asylbewerbern stehen. Den Spätaussiedlern sind diese Mechanismen des bundesdeutschen Arbeitsmarktes unbekannt, die Struktur des Arbeitsmarkts in den Herkunftsländern ist auf die vorfindbare Situation kaum in Ansätzen übertragbar.

Die Aussiedler müssen sich in Deutschland darauf einstellen, wenn überhaupt, dann nur mit großen Verzögerungen eine dauerhafte berufliche Chance zu erhalten. Die Erwerbsarbeit ist aber in der Wertestruktur der Aussiedler doppelt verankert: Einmal gilt sie als Ausweis ihrer Kultur, zum anderen lebten sie in einer Gesellschaft, in der Berufstätigkeit nicht nur eine schlechthin erwünschte Tätigkeit war, sondern als Norm des gesellschaftlichen Verhaltens galt. Nicht zu arbeiten, nicht arbeiten zu können, galt und gilt als Makel, bedingt einen Rückzug in die Familie oder Bezugsgruppe, erschwert wiederum die Integration in die Gesellschaft. Produktionsseitig ist aber die Mehrzahl der Aussiedler hinsichtlich ihrer deutschsprachigen Kompetenz und ihrer beruflichen Qualifikationen von der Moderne abgekoppelt. Von der beruflichen Umorientierung und geänderten Qualifikationsanforderungen sind vor allem Aussiedlerfrauen betroffen. Sie müssen bei Berufswechsel oft berufliche Dequalifizierungen in Kauf nehmen, sind insgesamt stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als männliche Aussiedler. Ohne Zusatzqualifikationen ist die Ausübung gelernter Organisations- und Verwaltungsberufe sowie Sozial- und Erziehungsberufe kaum möglich. Unter dem Aspekt psychosozialer Qualifikationen gelten die Aussiedler persönlichkeitsstrukturell als benachteiligt: Sie weisen mehrheitlich eine geringe Flexibilität auf, ihre Lebensstile, erworben in planwirtschaftlichen Systemen und Sozialisationsinstanzen, entsprechen nicht den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft. Anstelle von konkurrenzfähigen Individuen mit Zukunftsorientiertheit und offenem, kommunikativem Verhalten, Selbständigkeit und Mobilität stehen die Spätaussiedler als sich ins Kollektiv einfügende, in ihrer Eigeninitiative oftmals gebremste, zu solidarischem Verhalten bereite Men-

schen dar (INGENHORST 1997; SCHAFFER et al. 1995). Kurzfristig lassen sich diese habituell verfestigten subjektiven Deutungen der Spätaussiedler sicherlich nicht modifizieren.

Aus der Deutungsmusteranalyse ist bekannt, daß kollektiv geprägte Formen der Wahrnehmung und Interpretation der sozialen Welt immer auch ein Mittel sind, um Handlungsprobleme zu bewältigen. Deutungsmuster haben eine normative Geltungskraft, sie sind insofern relativ stabil und resistent gegen kognitive Korrekturen, wobei aber gegenläufige Erfahrungen zu Veränderungen führen können (MEUSER/SACKMANN 1991). Der Rückgriff auf Wahrnehmungssituationale, die reale Handlungsmöglichkeiten verkennen, impliziert die Gefahr, daß Integrationswege von den Spätaussiedlern nicht adäquat genutzt werden. Diese subjektive Integrationsbarriere wird bisher in der Aussiedlerforschung noch zu wenig berücksichtigt. Die Diskrepanz zwischen weitergehenden Wünschen und Erwartungen und den real verfügbaren Ressourcen werden kognitiv und sozial oft nur schwer verarbeitet (STERBLING 1998). Ohne eine ökonomische Integration droht aber auch die weitergehende kulturelle Eingliederung zu scheitern, denn nicht der deutsche Paß, sondern der faktische Grad der Integration ist für den sozialen Status ausschlaggebend. Die Spätaussiedler müssen in kurzer Zeit lernen, daß ihnen zugemutet wird, sich an reale Unsicherheiten des Lebens zu gewöhnen, ohne ständig von Angst und Depression bedrückt zu sein.

Unzureichende finanzielle Bedingungen in den Aussiedlerfamilien behindern junge Menschen in der Teilhabe am Alltag und an den Alltagsroutinen ihrer Gleichaltrigengruppe. Die Nicht-Teilhabe an den Symbolen der Warenwelt wird in dieser Entwicklungsphase, so KLOCKE (1996), von den jungen Menschen als belastend empfunden und erschwert den Prozeß der sozialen und gesellschaftlichen Plazierung in diesem Lebensabschnitt. Wie sich die durch materielle Entbehrung verursachte soziale Ausgrenzung, die Erfahrung kollektiven Status- und Anerkennungsdefizits auf die psychosoziale Befindlichkeit und die Handlungsentwürfe junger Menschen auswirken, ist abhängig von den vorhandenen, wahrgenommenen und erreichbaren Unterstützungs- und Schutzfaktoren der Familie, des Elementarbereichs, der Schule, der Jugendhilfe und auch der Gleichaltrigen, der Nachbarschaft und Kommune. Bei einer länger anhaltenden Armutslage steht zu vermuten, daß die damit verbundenen Risikofaktoren der Marginalisierung ein Übergewicht erhalten. Jugendlichen Spätaussiedlern werden bei einer allgegenwärtigen Konsumwerbung Verzicht abverlangt und das Warten darauf, daß sie „später einmal“ vielleicht doch in der Lage sein werden, sich aus eigener Kraft ihre Konsumwünsche zu erfüllen. „Man muß davon ausgehen“, so PFEIFFER et al. (1997, S. 35), „daß insbesondere junge Menschen in dieser für sie frustrierenden Situation die Geduld verlieren und sich illegal das verschaffen, was sie sich legal nicht leisten können“. Schulen, besonders Berufsschulen, Sozialarbeit, Jugendgerichtshilfe, Jugendrichter und Polizei berichten zunehmend, daß sich durch (relative) Armut, vor allem aber durch eine von sozialer Ausgrenzung geprägte Lebenssituation bei jungen Aussiedlern das Risiko abweichenden Verhaltens stark erhöht hat. Insgesamt aber gibt es keine gesicherten Erkenntnisse über die Kriminalität und Gewaltbereitschaft bei jugendlichen Aussiedlern.

In einer ersten fundierten Studie von PFEIFFER et al. (1997, S. 36f.) wurden zwei Gruppen von niedersächsischen Landkreisen, eine mit einem sehr hohen

Anteil von Aussiedlern und eine mit einem niedrigen Anteil, miteinander verglichen. In der Zeit von 1990 bis 1996 hat sich die Gesamtzahl der von der Polizei registrierten Straftaten in der ersten Gruppe um 31,9%, in der zweiten Gruppe nur um 4,8% erhöht. Die Kriminalitätsbelastung dokumentiert sich in Raubdelikten, gefährlicher, schwerer Körperverletzung sowie im Ladendiebstahl. Auffallend war der Anstieg beim illegalen Handel und Schmuggel mit Betäubungsmitteln, deren absolute Zahl in der Aussiedler-Landkreisgruppe um 87,7%, in der anderen um 20% anstieg. Der Verdacht drängt sich auf, daß die russische Mafia die Gruppe wenig integrierter junger Aussiedler als Rekrutierungspotential für ihre Expansionsinteressen entdeckt haben könnte. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß der Anstieg der Kriminalität eine Folge fehlender und mangelnder Integrationshilfe ist; dort, wo jugendliche Aussiedler betreut und unterstützt werden, sind sie weniger auffällig. Praktiker berichten, daß russische Jugendliche offensichtlich eine niedrige Schwelle im Hinblick auf körperliche Auseinandersetzung aufweisen und daß ihr oft überzogenes Männlichkeitsprofil durch problematische Leitbilder in Fernseh- und Videofilmen die Handlungsmuster der Mediengewalt in ihr eigenes Verhalten übernehmen.

Indem die Kinder die Verunsicherungen der Eltern in der Ausgestaltung ihres Alltags wahrnehmen, können die Geltungskraft bisher gelebter familialer Lebensformen in Frage gestellt und der Zusammenhalt der Groß- bzw. Mehrgenerationenfamilie labilisiert werden; somit könnte eine neue Qualität der Eltern-Kind-Abhängigkeiten entstehen. Dennoch versuchen viele Aussiedlerfamilien, die im Herkunftsland lebten Muster in der Bundesrepublik zu reproduzieren; der „starke familiäre Zusammenhalt und die familieninternen Lösungen aller privaten Probleme behalten einen hohen Stellenwert“ (DIETZ 1997a, S. 68). Diese Dominanz privater Konfliktlösungsstrategien erschwert das Aufsuchen und Nachfragen von Entlastungen, z.B. durch Nachbarn und die Inanspruchnahme professioneller Hilfen durch Lehrer oder Sozialarbeiter. Existenzfragen der Eltern können die Zeit reduzieren, sich um die Sorgen und Nöte der Kinder zu kümmern. Resignation, Scham, depressive Reaktionsformen, psychische Auffälligkeiten (wie Konzentrations- und Schlafstörungen etc.) als mögliche Folgen der Armut treten zu den mit der Übersiedlung nach Deutschland verbundenen Orientierungs- und Statusproblemen noch hinzu. In diesem Klima werden latente Konfliktpotentiale aktualisiert und der familiäre Zusammenhalt gefährdet. Auch mit Hilfe eines stabilen sozialen Umfelds lassen sich die Folgen von Armut und Unterversorgung nur begrenzt kompensieren. Probleme eskalieren vor allem dann, wenn mehrere Belastungen zusammenkommen. Spätaussiedler sind, zumindest vorübergehend, mit Einkommensarmut und mangelnder Wohnraumversorgung konfrontiert.

Ein biographisches Bewältigungsmuster, bedingt durch Verunsicherung und Orientierungslosigkeit durch den Verlust der bisher gelebten rußlanddeutschen Traditionen, Werte und Normen, kann in der Abwahl elterlicher Supervision und der allmählichen Angleichung an die Orientierung der Aufnahmekultur gesehen werden. Die Studie von SCHMITT-RODERMUND/SILBEREISEN (1996) belegt, daß im Kontext innerfamiliärer Auseinandersetzungen und häufigeren Kontakten zu Gleichaltrigen der neuen Umgebung sich eine deutliche „Verfrühung“ der Erwartungen für Autonomie im Sinne individueller Freiheiten junger Menschen einstellt.

4. Heimat im Kleinen: die oft diskriminierende Wohnsituation

Die Spätaussiedler erhalten nach ihrer Verteilung auf die Bundesländer und der festen Zuweisung eines vorläufigen Wohnsitzes für die ersten zwei Jahre in der Regel einen Platz in einem Übergangsheim, denn nur wenige haben die Möglichkeit, bei schon angesiedelten Verwandten zu wohnen. Die Aufenthaltsdauer in diesen Unterkünften variiert von fünf bis sechs Tagen bis zu vier Jahren, die durchschnittliche Verweildauer liegt bei mehr als einem Jahr. Bei den Übergangwohnheimen handelt es sich um Sammelunterkünfte von unterschiedlicher Qualität. Die Unterbringung erfolgt z.B. in ehemaligen Schulen, Hotelpensionen, aufgelassenen Produktionsstätten oder Kasernen, Wohnschiffen, in sogenannten Notwohnungen (Containerbauten) oder in normalen Wohnungen, die dann mehrfach belegt werden. Die Auswahl der Wohnanlagen wird bestimmt durch das bloße Vorhandensein von kostengünstigen Unterbringungsmöglichkeiten des freien Wohnungsmarkts der aufnehmenden Gemeinden, die allenfalls auf die Integrationsbereitschaft der unmittelbaren Nachbarschaft Rücksicht nimmt. Die Unterkünfte lassen keinen Raum für die bisher gelebte Alltagskultur der Spätaussiedler, oft grenzt die raumsprachliche Qualität an visuelle Beleidigung, sie wirken diskreditierend und stigmatisierend. Spätaussiedler beklagen häufig den „Lagercharakter“ der Wohneinheiten, viele sicher im Anschluß an historisch erfahrene Diskriminierungen während der Zwangsdeportationen. „Dort waren wir die Faschisten, hier sind wir die Russen“, so oder ähnlich beschreiben viele Aussiedler ihr erfahrenes Fremdbild, das des geduldeten Marginalisierten, im Widerspruch (abhängig vom Alter) zum ständigen Selbstanspruch, ein „guter Deutscher“ zu sein.

In einem Übergangwohnheim stehen im Durchschnitt 5,6 qm pro Person zur Verfügung, d.h. in der Regel lebt eine Familie mit bis zu sechs Personen und unter Umständen mehreren Generationen in einem Zimmer, wohingegen viele Familien in ihrem Herkunftsland nach eigener Aussage jeweils über ein Haus mit Garten verfügten, je etwa 40% der Stadtbewohner und 57% der Landbewohner; pro Kopf standen ihnen ca. 16 qm zur Verfügung (DIETZ 1988). Das Haus/die Wohnung als Wohnstätte und Entfaltungsraum familiären Lebens mit all seinen Teilen, konstruktiven Komponenten und Schmuckelementen, auch hinsichtlich der Integration in das Siedlungsgefüge, galt als ein demonstrativ gelebtes Unterscheidungsmerkmal gegenüber den sowjetischen Mitbürgern und war ein integrativer Teil ihres Selbstwertgefühls, das auch durch Deportationsschicksale und Umsiedlungsprozesse nicht verloren ging. In der Bundesrepublik werten sie das Eigenheim bzw. die Wohnung und deren Einrichtung als Assimilationsmerkmal. Die mangelhafte Wohnsituation am Neubeginn der rußlanddeutschen Spätaussiedler in der „Heimat“ beinhaltet für die Kinder und Jugendlichen ebenso wie für ihre Eltern eine Reihe von erziehungs- und sozialisationsbeeinträchtigenden Faktoren. Aussiedlerkinder haben im zeitlich verlängerten Provisorium keine Chance, den Raum und seine Einrichtungsgegenstände eigensinnig zu nutzen oder spielend anzueignen. Die Wohnraumenge bewirkt „Streß“ bei den Eltern, der sich wiederum negativ auf das Erziehungsverhalten auswirken kann. Die physische Wohnungsumwelt ist eine wichtige Hintergrundvariable, „deren Wirksamkeit durch soziale Vermittlungsprozesse bedingt und modifiziert wird, die allen materiellen Erfahrungen erst ihre kultu-

relle Bedeutung verleihen“ (GROSSMANN/SPANGLER 1990). Diese Problemlage teilen die Spätaussiedler mit anderen sozial benachteiligten Gruppen, z.B. Asylbewerbern oder Obdachlosen. Notwendig wäre hier die Entwicklung und Gestaltung sozialer Orte, die zuallererst das Ziel verfolgen, Lebensbedingungen zu schaffen, die den Individuen sowohl existenzielle Sicherheiten geben als auch Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, die schließlich zu einem selbstbestimmten Leben führen.

Viele der Wohneinheiten liegen außerhalb von Wohnquartieren am Stadtrand und haben keine zureichende Infrastruktur. Dies birgt schon dadurch die Tendenz zur Isolation und Ghettobildung. Aus sprachlichen, finanziellen oder religiösen Gründen sind die Kontakte zur Bevölkerung eingeschränkt; oftmals gelingt es den Aussiedlern nicht, eine Orientierung an den innerhalb der Gesellschaft zentralen und damit für sie existentiell notwendigen Systemen zu finden. Man zieht sich zurück, besinnt sich auf das unter den neuen und nun wieder alten Bedingungen Machbare, bescheidet sich (DEMBON et al. 1994). Für DREITZEL (1970) ist die Beschränkung von Kontaktchancen eine strukturelle Ursache von Einsamkeit. Derartige relative Deprivationen können sich durch Diskriminierungen zu absoluten ausgestalten, diese Individualisierungsformen können zu Krankheit oder zum Suizid führen. Einen (vorläufigen) Schutz kann das Zusammenleben auf Zeit mit anderen Aussiedlern bieten. Durch eine eigene Infrastruktur in der Unterkunft kann eine russischsprachige „Gesellschaft in der Gesellschaft“ entstehen, die über eine Subintegration alltägliche Dienstleistungen sichert und Informationen austauscht. Die Konformität des Verhaltens wird als Schutz der individuellen Isolation wahrgenommen; die schon entstandenen Lebensformen, Einstellungsmuster und Verhaltensstandards sind nur begrenzt kompatibel, d.h. sie erschweren die Erkundung und Teilhabe am Alltagsleben des sozialen Nahbereichs, die fehlende soziale Interaktion läßt keine Nachbarschaft aufkommen. Häufig müssen zudem die Quartiere der Spätaussiedler durch Wachpersonal vor Übergriffen Jugendlicher mit rechtsradikalen Orientierungsmustern geschützt werden (NADIG 1993, S. 280): „Wir haben keine Probleme. Wir sind ein Problem. Uns will hier keiner.“

Auch wenn seitens der Öffentlichkeit der Druck wächst, die Politik Handlungsbedarf erkennt, die soziale Arbeit endlich zunehmend in Hilfeprojekten engagiert ist, liegt das unübersehbare Dilemma darin, daß unklar ist, worin genau das sozialpädagogische Problem besteht. Offensichtlich tragen einfache Definitionen nicht; sie können weder sozialpolitische Maßnahmen noch Hilfestrategien der Jugendhilfe hinreichend begründen. Die prekäre Lage von jungen Aussiedlern, die Belastungen in ihrer Lebenslage, Anzeichen auch ihrer zunehmenden Ausgrenzung stellen Teile eines Bildes dar, das noch nicht annähernd erschlossen ist – möglicherweise muß die Sozialpädagogik erst lernen, wie sich solche Problemsituationen angemessen erfassen lassen, um kurzgreifende Hilfestrategien zu vermeiden.

Hinzu kommt freilich, daß die sozialen Rahmenbedingungen und die mittlerweile sehr begrenzten Verteilungsspielräume dazu zwingen, die Belange unterstützungsbedürftiger Gruppen abzuwägen. Bei Flucht und Asyl geht es im Interesse der Betroffenen um den Schutz der Flüchtlinge und um die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsgebieten, auch um internationale Solidarität, bei Einwanderung aber auch um die Steuerung von Migrationsprozessen im

Eigeninteresse des Aufnahmelandes. Aus (sozial-)pädagogischer Sicht wäre es unverantwortlich, die limitierten Integrationsspielräume für Spätaussiedler zu ignorieren und sich so zu verhalten, als gäbe es keinen materiellen Engpaß bei der Aufnahme dieser Gruppe. Die (Sozial-)Pädagogik muß auf die politische Entscheidung zur Kürzung von Integrationshilfen fachlich reagieren. Damit ist immer die Gefahr verbunden, daß verschiedene Bedarfslagen mit abgestuften Präferenzen belegt werden müssen und die für die unmittelbare Versorgung zuständige Instanz für die Privilegierung und die Vernachlässigung von sozialen Aspiranten zur Rechenschaft gezogen wird. Haben die Aussiedler ihre Identität aus einer gemeinsam erlebten Vergangenheit und Geschichte gewonnen (INGENHORST 1997, S. 212), stehen sie nach der Übersiedlung im Konflikt mit dem Aufbrechen traditionsgebundener Normen und Werte in der Moderne. „Ich hab' hier doch keine Zukunft. Das hab' ich schon verstanden und erfahren müssen über meine Kinder. Vielleicht werden sie auf ihre Weise mal Deutsche werden.“ Die Sozialpädagogik wird sich, unter Beteiligung der Betroffenen, um die Ermöglichung von Handlungsautonomie zu bemühen haben und Selbsthilfepotentiale fördern, damit der jugendliche Aussiedler als Person anerkannt und eine individuelle Wertschätzung erfahren kann in einer gleichwertigen Lebensform. Praktiker vor Ort sollten mit Konzepten von Einmischungsstrategien, d.h. aktive Interessensvertretungen, z.B. im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 KJHG diesen Ansatz flankieren.

Literatur

- ANSEN, H.: Armut – Anforderungen an die soziale Arbeit. Frankfurt a.M./Bern 1998.
- BOLL, K.: Kultur und Lebensweise der Deutschen in und aus der Sowjetunion: Erinnerung, Akkulturationsprozesse, Zukunft. In: MEISSNER et al. 1992.
- DEMBON, G./HOFFMEISTER, D./INGENHORST, H.: Fremde Deutsche in deutscher Fremde. Regensburg 1994.
- DIETZ, B.: Lebensbedingungen in der Sowjetunion im Stadt-Land-Vergleich. Ergebnisse einer Befragungsstudie mit deutschen Spätaussiedlern aus der Sowjetunion. München 1988.
- DIETZ, B.: Jugendliche Aussiedler: Ausreise, Aufnahme, Integration. Berlin 1997 (a).
- DIETZ, B.: Zur schulischen und Bildungssituation jugendlicher Spätaussiedler. Unveröffentlichtes Manuskript für die Fachkonferenz des CJD am 5. März 1997 in Celle, 1997 (b).
- DIETZ, B./GREINER, J./ROLL, A.: Jugendliche Aussiedler. In: BAG-JAW, Jugend Beruf Gesellschaft. 34. Sozialanalyse. Bonn 1996, S. 26–34.
- DREITZEL, H.P.: Die Einsamkeit als soziologisches Problem. Zürich 1970.
- EISFELD, A.: Bleiben die Sowjetionideutschen deutsch? In: KAPPELER, A./MEISSNER, B./SIMON, G. (Hrsg.): Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat. Köln 1987, S. 167–177.
- GRAUDENZ, I./RÖMHILD, R.: Grenzerfahrungen. Deutschstämmige Migranten aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion im Vergleich. In: GRAUDENZ, I./RÖMHILD, R. (Hrsg.): Forschungsfeld Aussiedler. Ansichten aus Deutschland. Frankfurt a.M./Bern 1996, S.??–??.
- HABERLAND, J.: Eingliederung von Aussiedlern. Leverkusen 1994.
- HAUSER, R./HÜBINGER, W.: Arme unter uns. Freiburg 1993.
- HEROLD, W.: Schwerpunkte, Ansatzpunkte und Ergebnisse von Maßnahmen bzw. Programmen zur sozialen Integration von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Familien in der Bundesrepublik Deutschland. In: KIEFL et al. 1997, S. 45–58.
- HERWARTZ-EMDEN, L.: Erziehung und Sozialisation in Aussiedlerfamilien: Einwanderungskontext, familiale Situation und elterliche Orientierung. In: KIEFL et al. 1997, S.??–??.
- HOLZMÜLLER, H.: Integrationshilfen für junge Aussiedler. München (DJI) 1997.
- INGENHORST, H.: Die rußlanddeutschen Aussiedler zwischen Tradition und Moderne. Frankfurt a.M./New York 1997.

- IES (INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPLANUNG UND STRUKTURFORSCHUNG): Aussiedlerzuzug im Landkreis Osnabrück. Umfang, Trends und Wirkungen. Hannover 1995.
- KIEFL, W./PETTINGER, R./ROSE, H. (Hrsg.): Integration braucht Hilfe. München 1997.
- KLOCKE, A.: Aufwachsen in Armut. Auswirkungen und Bewältigungsformen der Armut im Kindes- und Jugendalter. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 16 (1996), S. 390–409.
- KOCH, F.: Deutsche Aussiedler aus Rumänien. Analyse ihres räumlichen Verhaltens. Köln/Wien 1991.
- LÜTTINGER, P./ROSSMANN, R.: Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse. Frankfurt/M., New York 1989.
- MEISSNER, R./NEUBAUER, H./EISFELD, A. (Hrsg.): Die Rußlanddeutschen. Gestern und Heute. Köln 1992.
- MEISTER, D.M.: Zwischenwelten der Migration. Biographische Übergänge jugendlicher Aussiedler aus Polen. Weinheim/München 1997.
- MEUSER, M./SACKMANN, R.: Deutungsmusteransatz und empirische Wissenssoziologie. In: dies.: Analyse sozialer Deutungsmuster: Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie. Pfaffenweiler 1991.
- NADIG, M.: Die Ritualisierung von Haß und Gewalt im Rassismus. In: BALKE, F./HABERMAS, R./NANZ, P./SILLEM, P. (Hrsg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern. Frankfurt a.M. 1993, S. 264–284.
- OTTO, U. (Hrsg.): Aufwachsen in Armut. Opladen 1997.
- PFEIFFER, CH./BREITFELD, K./DELZER, I.: Kriminalität in Niedersachsen – 1985 bis 1996. Hannover 1997.
- SCHAFER, A./SCHENK, L./KÜHN, G.: Arbeitslosigkeit, Befindlichkeit und Bildungsbereitschaft von Aussiedlern. Frankfurt a.M./Bern 1995.
- SCHMITT-RODERMUND, E./SILBEREISEN, R.K.: Akkulturation und Jugendentwicklung in Aussiedlerfamilien. In: THOMAS, A. (Hrsg.): Psychologie interkulturellen Handelns. Göttingen 1996, S. 431–452.
- STERBLING, A.: Besonderheiten der Armutslage und der sozialen Deprivation von Jugendlichen in Aussiedlerfamilien. In: MANSEL, J./BRINKHOFF, K.-P. (Hrsg.): Armut im Jugendalter. Weinheim/München 1998, S. ??–??.
- SÜNKER, H.: Kinder und Armut. Effekte der Arbeitslosigkeit auf das Kinderleben. In: Neue Praxis 21 (1991), S. 316–324.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Herbert E. Colla, Köthner Heide 2, 21365 Adendorf.